

Rückblicke (2)

Michail I. Semirjaga

Zur Rolle des NKWD in der Sowjetischen Besatzungszone

DSS-Arbeitspapiere



Heft 23 – 1996

Herausgeber: *Dresdener*Studiengemeinschaft **SICHERHEITSPOLITIK** e.V. (*DSS*)

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Rolf Lehmann Schneebergstr. 2 01277 Dresden

Inhalt:

	<u>Seite</u>
Harald Kießlich-Köcher Vorbemerkung	3
Michail I. Semirjaga Zur Rolle des NKWD in der Sowjetischen Besatzungszone	5
Verzeichnis der Abkürzungen	31
Zum Autor	32

Redaktion und Vertrieb: Dr. Joachim Klopfer (V.i.S.d.P.)
Am Jägerpark 52
01099 D r e s d e n
Fon/Fax: 0351 4429225

Redaktionsschluß: 22.05.1996

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren! Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, daß durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Vorbemerkung

Ende 1995 erschien in Moskau ein Buch von Michael Semirjaga unter dem Titel „Wie wir Deutschland verwalteten. Politik und Leben“. Der Autor hatte mit dem Manuskript an einem Wettbewerb zum 50. Jahrestag des Sieges teilgenommen und erhielt den 1.Preis.

Er war selbst Mitarbeiter der SMAD und nutzte seine persönlichen Erinnerungen und auch bisher nicht erschlossene Archivbestände des Außenministeriums, des Verteidigungsministeriums und der Inneren Truppen des NKWD sowie das ehemalige Zentrale Parteiarchiv. Außerdem wurde neuere Literatur aus Rußland und der Bundesrepublik Deutschland verarbeitet.

Die Arbeit ist nach Problemen gegliedert und besteht aus elf Kapiteln. In jedem Kapitel wird ein bestimmter Fragenkreis beleuchtet, mit dem sich die zentralen Organe und die Organe der SMAD in den Ländern beschäftigten.

1. Kapitel Who was who in der SMAD

Die Zusammensetzung der SMAD, ihre Leiter und deren fachliche Qualifikation und persönlichen Eigenschaften. Erinnerungen des Autors an Zusammentreffen mit einigen von ihnen.

2. Kapitel Der Befehl Nr. 2 Marschall Shukows in Aktion

Untersuchung der Beziehungen der SMAD zu den mit diesem Befehl zugelassenen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen. Dokumente, Einschätzungen dieser Parteien und ihrer Leiter durch die SMAD. Auf der Grundlage von Originaldokumenten wird auf die besonderen Beziehungen zwischen SMAD und KPD/SED aufmerksam gemacht.

3. Kapitel Die SMAD führt die Demokratie nach sowjetischem Muster ein

Die Rolle der SMAD bei der Schaffung der deutschen Selbstverwaltung und die Zusammenarbeit mit ihr. Die Positionen der verschiedenen Parteien in dieser Frage, zur Einheit Deutschlands und zu den Versuchen, gesamtdeutsche Wirtschaftsorgane zu bilden. Der Prozeß der Entnazifizierung und die Schwierigkeiten bei seiner Durchsetzung. Beschlüsse der SMAD und Äußerungen ihrer Leiter zu dieser Frage.

4. Kapitel "Den Bauern das Land und den Arbeitern die Fabriken"

Die Rolle der Organe der SMAD bei der Bodenreform und der Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher. Stimmungsanalyse der Deutschen zu dieser Frage. Verlauf und Folgen dieser Aktionen im Spiegel der Meldungen der örtlichen SMAD-Organen.

5. Kapitel Reparationen: „Recht des Siegers“ oder Gerechtigkeit

Das für die Deutschen schmerzliche Problem der Demontage von Industriebetrieben und der Entnahme aus der laufenden Produktion als Reparationen. Konkrete Angaben über Reparationslieferungen. Aussagen der Bevölkerung dazu und Auseinandersetzungen mit den westlichen Alliierten.

6. Kapitel "Ordnung muß sein" und wie die Organe des NKWD sie unterstützten

Die Suche nach deutschen Kriegsverbrechern, der Kampf mit dem faschistischen Untergrund und gegen deutsche und sowjetische Kriminalität sowie Strafaktionen durch NKWD-Truppen, von Berija speziell für Deutschland geschaffen.

Die Handlungsmethoden dieser Truppen und Angaben über die Zahl der verhafteten Agenten, die durch westlicher Dienste in die SBZ eingeschleust wurden. Beispiele für den Amtsmißbrauch seitens des NKWD in Deutschland und die Rolle dieser Organe bei der Einführung der Ideologie und der Praxis des Stalinregimes in der SBZ.

7. Kapitel Die große Völkerwanderung des XX. Jahrhunderts

Die Repatriierung und Umsiedlung von Millionen kriegsgefangener Sowjetbürger aus verschiedenen Ländern und die Massenaussiedlung von Deutschen aus anderen Ländern. Angaben aus Meldungen der verschiedenen Institutionen. Schwierigkeiten, darunter auch Auseinandersetzungen mit den ehemaligen Verbündeten.

8. Kapitel Die sowjetische Politik im Bereich von Kultur und Bildung

Analyse der Kulturpolitik der SMAD und der SED. Bestrebungen, die Kultur im Geiste des "sozialistischen Realismus" zu ideologisieren. Die Situation in der Volksbildung und Versuche, diese nach sowjetischem Vorbild zu gestalten. Beispiele für Erfolge und Fehlschläge.

9. Kapitel Berlin – das Herz beider deutscher Staaten

Die Tätigkeit der sowjetischen Militärkommandantur in Berlin. Die sozialökonomische und politische Lage in der Stadt. Der Einfluß der Ereignisse in Berlin auf die verstärkten innerdeutschen und internationalen Spannungen. Schlußfolgerungen hinsichtlich der Schuld beider Seiten.

10. Kapitel „Verbündete – Gegner“

Die Zusammenarbeit der Verbündeten in der ersten Etappe und das Anwachsen der Konfrontation, besonders nach 1948. Analyse der Verantwortung beider Seiten für diesen Prozeß.

11. Kapitel Die Rote Armee – Befreiungsarmee oder „Asiatenhorde“

Das Verhalten der Sowjetsoldaten in Deutschland – positive und negative Beispiele. Versuch der Erklärung dieses Verhaltens. Negative Folgen der Disziplinlosigkeit einzelner Soldaten auf die Stimmung der Bevölkerung.. Beispiele für die Reaktion der sowjetischen Armeeführung auf negative Erscheinungen in der Truppe.

Mit Zustimmung des Autors wird das Kapitel 6 vorgelegt.

Harald Kießlich-Köcher

Michail I. Semirjaga

"Ordnung muß sein" und wie die Organe des NKWD diese unterstützten

Für die abschließende Periode des Krieges rechneten sowohl die Streitkräfte der Sowjetunion als auch die der westlichen Alliierten mit schwierigen Bedingungen auf deutschem Territorium. Daher bereiteten sie sich am Vorabend des Überschreitens der deutschen Grenzen darauf vor, die Sicherheit ihrer Truppen zu gewährleisten und eine neue Front des Kampfes zu eröffnen – die Unterdrückung nazistischer militärischer Untergrundformationen, die Verhinderung von terroristischen Akten sowie von Sabotage und anderer Wühltätigkeit.

Als erste machten die anglo-amerikanischen Alliierten derartige Erfahrungen, da deren Truppen schon im September 1944 Deutschland erreichten. Die sowjetische Abwehr hatte bis dahin keine derartigen Erfahrungen. Mit den ersten Tagen auf deutschem Boden überzeugten sich die westlichen Alliierten davon, wie wichtig ein gut funktionierender Abwehrdienst in einem besetzten Land ist. Eine Spezialinstruktion über Nachkriegsfragen in Deutschland, die im November 1944 vom Stab der Expeditionsstreitkräfte der Alliierten in Europa beschlossen und an die Truppen verteilt wurde, unterstrich, daß ein stabiler Frieden in Europa in hohem Maße von der richtigen Aufgabenerfüllung der Abwehrorgane abhängt. Das gilt nicht nur für die Sicherheit der alliierten Streitkräfte und Einrichtungen, sondern betrifft auch die Wahrung aller Interessen der Alliierten. Die Nazidoktrinen und -methoden waren tief in jeden Lebensbereich eingedrungen. Alle Schritte zur Veränderung der staatlichen und sozialen Struktur erforderten die unmittelbare Unterstützung durch die Abwehr. Im weiteren wurden folgende Aufgaben der Abwehrorgane der Alliierten auf dem Territorium des besetzten Deutschland gestellt:

Gewährleistung der Sicherheit der Streitkräfte,
Unterbindung der gegnerischen Spionage,
vollständige Beseitigung der Nazipartei und ihrer Organisationen,
Fahndung und Festsetzung von Personen, die sich gegenüber den Alliierten feindlich verhalten haben oder möglicherweise verhalten werden.

Die Autoren der Instruktion meinten, daß mit der Besetzung Deutschlands die Funktionen von Aufklärung und Abwehr schwer zu trennen seien. Auch Möglichkeiten der Nichteinhaltung der Kapitulationsbedingungen von Seiten der Deutschen waren in Betracht zu ziehen. Die gegenwärtigen Führer Deutschlands waren im Gegensatz zu früher in einem verzweifelten Zustand und könnten möglicherweise versuchen, den Kampf auch nach der Niederlage fortzusetzen. Eine

solche kurze Periode tritt dann ein, wenn der organisierte Widerstand der Wehrmacht aufhört. Wichtig ist es, wurde in der Instruktion empfohlen, dieses psychologische Moment auszunutzen. Daher kann jeder Kompromiß in diesem Stadium und ein alliierter Verzicht auf Bestrafungen für Widerspenstigkeit von den Deutschen als errungener Sieg betrachtet werden und zur Verstärkung des Widerstands an der gesamten Front führen und ihr Verhalten frecher, unverschämter und feindseliger sein. In dem Dokument wird davon ausgegangen, daß der Haß der Deutschen gegenüber den alliierten Okkupanten stärker als im Jahre 1918 sein wird, als nicht das ganze Deutschland, sondern nur ein Teil besetzt wurde. Die Besatzungstruppen müssen darauf vorbereitet sein, in Deutschland auf Unordnung, Überfälle, Sabotage und Rebellion zu treffen.

Später sei mit einer Propagandakampagne durch die Deutschen zu rechnen, in deren Verlauf sie sich bemühen werden, die Folgen der Niederlage zu verringern, die Solidarität der Alliierten zu schwächen und mit Vorbereitungen zur Wiederherstellung ihrer Macht zu beginnen.

Die Alliierten schlossen nicht aus, daß sich im besetzten Deutschland Untergrundorganisationen bilden, daß die Deutschen beginnen, Mitgefühl hervorzurufen und Mitleid mit den Opfern der Verwüstungen, daß sie auf die Rassen- und kulturelle Verwandtschaft der Deutschen und der Angelsachsen setzen, sich bemühen, Mißtrauen zwischen den Alliierten zu säen, und nachzuweisen versuchen, daß der Nazismus ihnen fremd ist und angeblich gegen den Willen der kulturvollen und nichtaggressiven Deutschen eingeführt wurde.

In dem Dokument der Alliierten wird empfohlen, sich im besiegten Deutschland würdig zu benehmen und gleichzeitig Respekt von den Deutschen für sich und ihre Länder zu fordern. Die Deutschen verehren zutiefst alles Militärische, daher müssen das Verhalten und die Disziplin der alliierten Soldaten auf hohem Niveau stehen. Jegliche Drangsalierung der örtlichen Bevölkerung muß unterbleiben. Ständig muß der Kampf gegen Trunkenheit, Fraternisieren und die Eheschließung mit deutschen Frauen oder Frauen anderer feindlicher Länder geführt werden; inoffizielle Kontakte zu den Deutschen sind verboten.¹

Um das längere Zitat aus diesem Dokument einzuordnen und mit der Position der sowjetischen Besatzungsmacht zu vergleichen, ist es erforderlich, einen Auszug aus einem Befehl Eisenhowers anzuführen, den er einen Monat zuvor unterzeichnet hatte. In ganz Deutschland, heißt es in diesem Befehl, müssen 250 000 verdächtige Personen (Mitarbeiter der Abwehr im Range eines Referatsleiters und höher, Mitglieder kollaborierender halb-militärischer Organisationen der befreiten Länder, alle Offiziere der allgemeinen SS und Mitglieder des Sicherheitsdienstes, alle Personen im Range eines Sturmabführers und höher und in der Hitlerjugend alle Personen im Range eines Stammführers und höher) verhaftet werden.²

¹ AWP RF (Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation), Fond 0457 „g“, Liste 1, Akte 6, Bl. 1 - 114.

² Ebenda, Fond Politsowjetnik, Liste 1, Akte 4, Bl. 1.

Was die Beziehungen der Alliierten zur Masse der deutschen Bevölkerung betrifft, forderte der Befehl „kalte Höflichkeit zu bewahren“. Das bedeutete, daß zur Verhinderung des Fraternisierens mit den Deutschen administrative Maßnahmen getroffen wurden:

Verbot der Unterbringung von Offizieren und Soldaten in Häusern, in denen Deutsche leben und deren Umsiedlung in andere Häuser,
 Reduzierung der Kontakte zu ihnen auf ein Minimum,
 Verbot der Eheschließung mit Frauen, die Bürgerinnen feindlicher Staaten sind,
 von Deutschen getrennter Gottesdienst für alliierte Soldaten,
 Verbot des Besuchs von Wohnungen, in denen Deutsche wohnen,
 keine Saufgelage mit Deutschen,
 Verbot, ihnen die Hand zu geben, Verbot sportlicher Spiele, der Übergabe und Annahme von Geschenken, gemeinsamer Spaziergänge auf der Straße und des Besuchs deutscher Theater, Gaststätten und Hotels (mit Ausnahme offizieller Kontakte).

Der Befehl verbot gleichfalls Diskussionen mit Deutschen, besonders zur deutschen Frage.³

Wenn man einige extreme und falsche Einschätzungen und Forderungen des alliierten Oberkommandos im Hinblick auf die deutsche Bevölkerung zu einem Zeitpunkt, als nur ein unbedeutendes Gebiet Deutschlands besetzt war, vernachlässigt, kann man sagen, daß das alliierte Oberkommando die Lage in Hitlerdeutschland und die Mentalität des deutschen Volkes richtig einschätzte und auch richtig die möglichen, wenn auch harten Maßnahmen zur Verwaltung Deutschlands festlegte. Die Kenntnis dieser Dokumente gibt die Möglichkeit, eine vergleichende Analyse der politischen Linie und des Verhaltens der Alliierten in Westdeutschland und der sowjetischen Truppen in Ostdeutschland vorzunehmen und entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen.

Eine dieser Schlußfolgerungen drängt sich von selbst auf – es war nicht die sowjetische Führung, die mit einer Politik der Härte gegen das besiegte Deutschland und seine Bevölkerung begann, und nicht die sowjetischen Sicherheitsorgane waren Vorreiter bei der Verwirklichung dieser Politik.

Auch das sowjetische Oberkommando rechnete nicht mit Ruhe und Frieden im Hinterland der Roten Armee bei Handlungen auf deutschem Territorium. Gestützt auf einschlägige Erfahrungen bei der Sicherung des Hinterlandes aktiver Armeen, die im Verlaufe der Gefechtshandlungen auf sowjetischem Territorium erworben wurden, sowie einiger Erfahrungen auf dem Territorium anderer Staaten, besonders in Polen, trafen Stawka und NKWD entsprechende Maßnahmen.

³ Ebenda, Bl. 185 - 187.

In Übereinstimmung mit dem Kontrollratserlaß vom 20. September und dem Kontrollratsgesetz vom 10. Oktober 1945 hatten die Besatzungsmächte innerhalb kurzer Zeit die Liquidierung der Nazipartei und ihrer Zweigstellen und Unterorganisationen zu verwirklichen. Dieser Beschluß wurde in der sowjetischen Zone innerhalb der festgelegten Frist im vollen Umfang erfüllt. In den Jahren 1945 und 1946 wurden die NSDAP und ihre Gliederungen ebenso zerschlagen wie die in Berlin, Leipzig und der Provinz Brandenburg neu geschaffenen faschistischen Organisationen „Edelweißpiraten“, „Organisation 88“, „Klub Deutschland“, „Stimme der deutschen Nation“, „Nationale Rheinische Widerstandsbewegung“, „Nationalsozialistisches Sieges-Fliegerkorps“, „Friedrich der Große“⁴ u. a.

In einem der offiziellen Berichte der sowjetischen Sektion des Kontrollrates wird bestätigt, daß im Ergebnis dieser Aktion in der Sowjetischen Besatzungszone „keine vollendeten terroristischen und Diversionsakte oder andere aktiven feindlichen Handlungen gegen die Besatzungsmacht zugelassen wurden“⁵. Aber diese Bestätigung steht im Widerspruch zu den zahlreichen Alarmmeldungen der Sicherheitsorgane über die angebliche Aktivierung der Diversions- und terroristischen Tätigkeit des faschistischen Untergrunds im Herbst 1945, der, so heißt es, „sowohl den Sowjettruppen als auch den demokratischen Kräften in der Zone Schaden zufügt“. Die Wahrheit in dieser Meldung vom Herbst 1945 bestand nur darin, daß die Stimmung unter den Deutschen sich tatsächlich verschlechterte, aber nicht wegen terroristischer Tätigkeit des faschistischen Untergrundes, sondern bekanntlich wegen verbrecherischer Handlungen seitens einiger sowjetischer Armeeinghöriger.

Im Verlaufe der Kampfhandlungen im Großen Vaterländischen Krieg wurde die Sicherung des Hinterlandes einer aktiven Armee durch spezielle Innere Truppen des NKWD gewährleistet. Bei den Fronten bestanden diese in der Regel aus einer Division oder einigen selbständigen Regimentern. Bei der Verlagerung der Kampfhandlungen in die Länder Osteuropas erweiterten sich ihre Aufgaben, und sie sicherten nicht nur das Hinterland der Truppe, sondern trugen in den befreiten Ländern auch aktiv zur Errichtung der Macht der kommunistischen Parteien bei.

Im Jahre 1944 handelten auf dem Territorium Polens und später auch Deutschlands die Truppen der 1. Belorussischen Front und gemeinsam mit ihr am linken Flügel die Truppen der 1. Ukrainischen Front und am rechten Flügel die der 2. Belorussischen Front. Die Inneren Truppen der 1. Belorussischen Front bestanden aus vier Regimentern. Chef dieser Truppen war Generalmajor P. M. Simin. Man ging davon aus, daß ihr Hauptgegner im rückwärtigen Raum der aktiven Armeen die Mitglieder der faschistischen Organisation „Volkssturm“ sein werden, die für den aktiven Untergrundkampf aufgestellt seien. Diese führte tatsächlich in Pommern und Schlesien, die damals zu Deutschland gehörten, Untergrundtätigkeit durch, aber ein massierter bewaffneter Einsatz wurde nicht festgestellt. Gerade

⁴ Rückübersetzung der Bezeichnungen aus dem Russischen – d. Übersetzer.

⁵ Ebenda, Fond 0457 „g“, Liste 1, Ordner 2, Mappe 1, Bl. 144.

auf diesen Territorien, unter deren Bevölkerung die Deutschen überwogen, machten die Inneren Truppen ihre ersten Erfahrungen, die ihnen später in Deutschland westlich der Oder zugute kamen. Das waren die Durchführung bewaffneter Aktionen, Festnahmen, Filtration⁶, Agententätigkeit, Sicherung von Gefängnissen und wichtigen Militär- und Industrieobjekten, die Deportation von arbeitsfähigen Deutschen zur Arbeit in der Sowjetunion und andere Arten der Tätigkeit der Sicherheitsorgane.

In Verbindung mit tatsächlich erfolgten Überfällen durch die Deutschen, die sich im Hinterland der sowjetischen Truppen im Streifen der 1. Belorussischen Front ostwärts der Oder ereigneten, schickte der Kriegsrat der Front im Februar 1945 folgende Direktive des Staatlichen Verteidigungskomitees (SVK) an die Truppen: „Zur Unterbindung von Versuchen terroristischer Akte legt das SVK in der Verordnung Nr. 7467 vom 3. Februar 1945 fest: Der Befehlshaber Shukow hat gemeinsam mit dem Bevollmächtigten des NKWD Serow entschlossene Maßnahmen zu treffen und Personen hart zu bestrafen, die terroristischer Akte überführt wurden. Es sind alle Deutschen im Alter von 17 bis 50 Jahren, die zu physischer Arbeit in der Lage sind, zu mobilisieren und zu Arbeitsbataillonen mit einer Stärke von 750 - 1200 Personen zu formieren, um sie für Arbeiten in der UdSSR zu nutzen“⁷.

Entsprechend dieser Direktive arbeiteten schon Ende Mai 1945 188 000 deutsche Internierte und 100 000 Verurteilte in sowjetischen Betrieben, davon ca. 140 000 in Kohleschächten und 55 000 in Betrieben der Hüttenindustrie. Zwar wurden gegen Ende des Sommers dieses Jahres stillende Frauen, Schwangere und Kranke mit ansteckenden Krankheiten freigelassen. Aber an ihre Stelle traten andere Deutsche.⁸

Ähnliche repressive Maßnahmen hinsichtlich nahezu der gesamten Bevölkerung des sowjetisch besetzten Teiles Deutschlands waren nichts anderes als eine durch das Völkerrecht geächtete faktische Geiselnahme, und die Goebbels-Propagandisten nutzten dieses übereilt beschlossene Dokument für die Erziehung der Soldaten der Wehrmacht zum Durchhalten aus. Festzustellen ist, daß das Stawka am 20. April 1945, das heißt einige Tage vor dem Fall Berlins, nicht nur seine vorherige Direktive zurücknahm, sondern auch befahl, „mit den Deutschen besser umzugehen“⁹.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus der neuen Direktive? Sie sind sehr widersprüchlich:

Erstens wurde sie sehr spät beschlossen und konnte keinen wesentlichen Einfluß auf die Verbesserung der Beziehungen zu den Deutschen in der Periode der Kampfhandlungen haben;

⁶ Eine Spezialbezeichnung für die Festnahme mit anschließender „Überprüfung“ in Lagern – d. Übersetzer.

⁷ Russisches Staatliches Militärarchiv (RGWA), Fond 233, Liste 24966, Akte 1, Bl. 10 - 101.

⁸ Knyschewskij, P. N., Moskaus Beute, München/Landsberg 1995, S. 123.

⁹ RGWA, Fond 32925, Liste 1, Akte 10, Bl. 206.

zweitens wurde im Dokument zugegeben, daß nicht das Auftreten von Banden den repressiven Maßnahmen der sowjetischen Militärmacht vorhing, sondern umgekehrt diese Banden die Folge der unnötigen präventiven Repressalien waren;

drittens belegte die Direktive, daß das Verhalten den Deutschen gegenüber schon vorher grausam war;

viertens forderte die Direktive eine schlechte Behandlung nicht nur der Zivilbevölkerung, sondern auch der Kriegsgefangenen;

fünftens wurde die Verbesserung der Beziehungen zu den Deutschen nicht mit der Humanität der Roten Armee und den Forderungen des Völkerrechts begründet, sondern mit ausschließlich praktischen Überlegungen, d. h. den Interessen „einer Verringerung der Hartnäckigkeit der Deutschen bei der Verteidigung“;

sechstens gab das sowjetische Oberkommando erstmalig die Notwendigkeit eines differenzierten Umgangs mit den Mitgliedern der Nazipartei zu;

siebtens wurde die gleichzeitige Forderung über die Verbesserung der Beziehungen zu den Deutschen und das Verbot einer Verbrüderung mit ihnen in der Truppe als Verbot jeglicher Beziehungen mit den Deutschen verstanden.

Es ist festzustellen, daß während des gesamten Krieges die Sowjetregierung entgegen den sowjetischen Gesetzen und dem internationalen Recht gegenüber den Deutschen, die in der UdSSR lebten, eine grausame Diskriminierungspolitik verfolgte. Und das geschah nicht etwa deshalb, weil die Deutschen irgendwelche Untergrundtätigkeit durchführten, sondern weil sie ihrer Nationalität nach Deutsche waren.

So legte schon am 14. Februar 1942 das Staatliche Verteidigungskomitee in einem Erlaß fest, alle sowjetdeutschen Männer im Alter von 17 bis 50 Jahren, die in den Gebieten Kuibyschew, Pensa und Tambow lebten, zu mobilisieren und an das NKWD für den Bau von Eisenbahnstrecken zu überstellen. Die Mobilisierung erfolgte durch mündliche Benachrichtigung ohne Bekanntmachung und Veröffentlichung. Am 7. Oktober 1942 befahl das Staatliche Verteidigungskomitee die zusätzliche Mobilisierung der deutschen Männer im Alter von 15 bis 16 und von 50 bis 55 Jahren sowie der Frauen von 16 bis 45 Jahren für die Arbeitskolonnen. Befreit waren nur Frauen mit Kindern bis zu 3 Jahren und Schwangere. Kinder über 3 Jahre waren zur Erziehung an andere Familienangehörige zu übergeben. Die Mobilisierung war bis spätestens am 1. November 1942 abzuschließen.¹⁰

In einem neuen, dem dritten Erlaß des Staatlichen Verteidigungskomitees vom 14. Oktober 1942, wurde die Mobilisierung der Männer aller Nationalitäten der gegen die Sowjetunion kämpfenden Länder (Rumänen, Ungarn, Italiener, Finnen) im Alter von 17 bis 50 Jahren festgelegt.¹¹

¹⁰ Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums (ZAMO), Fond 150, Liste 118886, Akte 2, Bl. 1, 110.

¹¹ Ebenda.

In den folgenden Kriegsjahren wurde die ungesetzliche Deportation der Deutschen durch die Sowjetmacht in allen Ländern, die durch die Rote Armee befreit wurden, fortgesetzt. So unterzeichnete der Befehlshaber der 2. Ukrainischen Front Marschall R. Ja. Malinowski in Übereinstimmung mit dem Erlaß des Staatlichen Verteidigungskomitees Nr. 7161 vom 16. Dezember 1944 einen Befehl:

Vom 25. Dezember 1944 bis zum 10. Januar 1945 sind alle deutschen arbeitsfähigen Männer im Alter von 17 bis 45 Jahren und Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren, die auf den Territorien Ungarns und Transsilvaniens leben, zu mobilisieren und für die Arbeit in der UdSSR zu internieren. Der Mobilisierung unterlagen Deutsche als Staatsangehörige Deutschlands und Ungarns, wie auch Rumäniens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei, unabhängig von Stellung oder Aufgaben. Den Mobilisierten war es gestattet, eigene Bekleidung und Lebensmittel für 15 Tage mit einem Gesamtgewicht von 200 kg¹² pro Person mitzuführen.¹³

In Erfüllung des Erlasses des Staatlichen Verteidigungskomitees wurden im Streifen der 1. Ukrainischen Front bis zum 20. März 39 649 Personen mobilisiert.¹⁴ Wie bekannt, war in Pommern, ostwärts der Oder gelegen und zu Deutschland gehörend, neben der dort wohnenden polnischen Minderheit, den „Ostarbeitern“ und anderen Ausländern der Hauptteil der Bevölkerung Deutsche. Mit dem Erreichen dieses Territoriums durch die sowjetischen Truppen im Januar-Februar 1945 ergab sich für die sowjetischen Sicherheitsorgane die Frage der Herstellung der Beziehungen nicht nur zu Personen verschiedener Nationalitäten, besonders den Polen und den Deutschen, sondern auch zu den verschiedenen Schichten der deutschen Bevölkerung selbst.

Sogar der Befehlshaber der 1. Ukrainischen Front hatte keine klare Vorstellung von der ihm vorgegebenen Linie in den Beziehungen zu den in Polen lebenden Deutschen. So kritisierte auf einer Beratung der Militärkommandanten und ihrer Stellvertreter, die am 4. März 1945 in Liegnitz stattfand, das Mitglied des Kriegsrates der Front, Generalleutnant K. W. Krajnjukow, unter anderem den Stellvertreter für die politische Arbeit des Kommandanten der Stadt Hindenburg, der „mit den Deutschen zusammensaß und sich friedlich mit ihnen unterhielt“. Er kam als „Kommunistische Partei“ hierher und gibt sich mit Deutschen ab. Mit denen, die sich „deutsche Kommunisten“ nennen, sei genau so zu verfahren, wie mit allen anderen Deutschen.¹⁵

Zur Festlegung der Beziehungen zu den Deutschen in Polen verschickte Generaloberst I. A. Serow, Stellvertreter Berijas und zugleich Bevollmächtigter des NKWD bei der 1. Belorussischen Front, am 18. Februar 1945 an alle Chefs der „SMERSCH“-Abteilungen, die Kommandeure der NKWD-Regimenter und die Leiter der tschekistischen Operativgruppen in den Städten eine Sonderinstruktion mit der Bezeichnung „Orientierung über die Dokumente zur Bestimmung von

¹² So im Original des genannten Dokuments, soll aber vermutlich 20 kg heißen – d. Übersetzer.

¹³ Ebenda, Fond 240, Liste 14233, Akte 4, Bl. 323, 324.

¹⁴ Ebenda, Fond 236, Liste 174765, Akte 2, Bl. 418.

¹⁵ Ebenda, Akte 4, Bl. 9.

Personen deutscher Nationalität“. Entsprechend dieser Instruktion muß bei der „Mobilisierung und Filtration“ der Deutschen von verschiedenen Arten und Farben ihrer Ausweise ausgegangen werden. So haben „echte Deutsche“, die alle Rechte und Pflichten eines deutschen Staatsbürgers haben, hellgraue Ausweise, Deutsche, die in Polen geboren sind und bei denen nur ein deutsches Elternteil vorhanden ist, hellblaue während Deutsche, die sich 1939 - 1940 in der Ukraine, in Belorußland, Bessarabien oder im Baltikum aufhielten, ebenfalls hellgraue Ausweise besitzen. Eine besondere Gruppe waren die deutschen Flüchtlinge der Jahre 1943 - 1944. Sowjetbürger, die ehemalige Helfer der Okkupanten und mit ihnen geflohen waren, besaßen einen Ausländerpaß und hatten bestimmte Vergünstigungen. Allen „Ostarbeitern“ war für ein halbes Jahr eine weiße Personalbescheinigung ausgehändigt worden. Polen, die in den Provinzen Warthegau und Pommern wohnten, hatten ebenfalls Personalbescheinigungen, aber von rosa Farbe. Die „Orientierung“ ermahnte, diese Ausweise „sorgfältig aufzubewahren und Verluste nicht zuzulassen“¹⁶.

Welche Methoden wandten die Inneren Truppen des NKWD bei der Erfüllung der Direktive des Staatlichen Verteidigungskomitees vom 2. Februar 1945 und der Weisung von Generaloberst Serow zur Sicherung des rückwärtigen Raumes der 1. Belorussischen Front im Januar - Februar 1945 an? Davon zeugt ein Auszug aus dem Auskunftsbericht der Aufklärungsabteilung des Stabes der Inneren Truppen des NKWD dieser Front: „Wir fahnden gegenwärtig nach jedem Deutschen, unabhängig davon, ob wir über ihn Material haben oder nicht. Die Untersuchung auf Indizien der Verübung irgendwelcher Verbrechen beginnt faktisch nach der Festnahme. Konkrete Ergebnisse werden vor allem durch Filtration und Ermittlung und mit Hilfe des Geheimdienstes durch Identifikation erreicht“. Im Auskunftsbericht wird festgestellt, daß auf diesem Wege durch alle Formen der operativen Tätigkeit 4813 Personen festgenommen und der Filtration unterzogen und davon 2792 entlarvt wurden.¹⁷ Das waren vor allem Volkssturmlaute und Deutsche, die sich der Deportation in die UdSSR entzogen hatten. Die Tatsache, daß mehr als Tausend von ihnen freigelassen wurden, zeugt von Schluderei in der Arbeit des Kommandos der Inneren Truppen des NKWD der Front. Gleichzeitig wird in dem Dokument gesagt, daß „Bandenformationen nicht festgestellt wurden“. Der tschekistische Spezialbegriff „Bandenformationen“ wird in NKWD-Dokumenten oft für bewaffnete Gruppen verwendet, die im Hinterland einen Untergrundkampf gegen die Inneren Truppen führten. Ohne sich in große bewaffnete Kämpfe einzulassen, hatten die Inneren Truppen des NKWD gewisse Erfolge bei der Schaffung eines Agentennetzes unter der örtlichen polnischen und deutschen Bevölkerung, das am 1. April 1945 aus 113 Personen bestand. Aber laut Weisung von I. A. Serow war es nur gestattet, Agenten unter den Polen und Russen zu werben. Die Werbung von Deutschen,

¹⁶ RGWA, Fond 32925, Liste 118886, Akte 10, Bl. 178, 179.

¹⁷ Ebenda, Akte 15, Bl. 76 - 80.

auch von Antifaschisten, war verboten, wenn auch die Gründe nicht verständlich sind. „Zulässig ist ihre inoffizielle Ausnutzung für unsere Interessen, aber ohne offizielle Festlegung der Zusammenarbeit mit ihnen“¹⁸, wird in den Weisungen Serows unterstrichen.

Die Arbeitsbedingungen der Organe und Truppen des NKWD änderten sich wesentlich im Verlaufe der Berliner Operation, als die Truppen auf einem Territorium mit rein deutscher Bevölkerung handelten, und besonders nach der Kapitulation Deutschlands. Neu war, daß das Staatliche Verteidigungskomitee darauf verzichtete, die deutsche Bevölkerung für die Arbeit in der Sowjetunion zu mobilisieren und sich die Beziehungen zu den Deutschen zum Besseren wendeten. In einem Vortrag von General Simin über die Bilanz der Tätigkeit seiner Truppen im Monat April wurde unterstrichen, daß, wenn früher die Truppen jeden Deutschen festnahmen, sie sich jetzt auf die Untersuchung der verbrecherischen Tätigkeit bestimmter konkreter Deutscher konzentrierten. Es begann die Zeit einer erheblichen Ausweitung des Informantennetzes. Veränderungen der Beziehungen zu den Deutschen ergaben sich auch bei den Filtrationsmethoden, die viel sorgfältiger angewandt wurden. Bei 4058 Personen, die im April der Filtration unterzogen wurden, kam es nur bei 892 Personen zur Arretierung.

Die Führung bereitete die Truppen sorgfältig auf die bevorstehenden Handlungen in Berlin vor. Schon am Vorabend der Berliner Operation wurde durch das NKWD eine Zentrale Gruppe für die Stadt Berlin unter der Führung von General A. M. Sidnew geschaffen. Die tschekistische Operativgruppe der Inneren Truppen des NKWD der Front stand in Berlin unter der Führung des Leiters der Aufklärungsabteilung des Stabes der Truppen, Oberst Antonjuk. Diese Gruppe folgte unmittelbar der Gefechtsordnung und begann ihre Arbeit im Stadtzentrum schon am 3. Mai 1945. Die Gruppe bestand außer den sowjetischen Offizieren auch aus 12 erfahrenen deutschen Agenten. Im Vortrag von Antonjuk wurde auf die Rolle einer Agentin mit dem Decknamen „Irina hingewiesen“, die als Obertelefonistin im deutschen Außenministerium arbeitete und für die Fahndung nach einem Stellvertreter Ribbentrops, eines gewissen Bertmann (der Name konnte im Außenministerium der Russischen Föderation nicht verifiziert werden – M. S.), vorgesehen war. Ein anderer Agent mit dem Decknamen „Chalipa“ war ein in Deutschland bekannter Künstler, der der weißgardistischen Emigration „diente“ und für die Fahndung nach dem Vorsitzenden des weißgardistischen Emigrationskomitees, General Beskupni, eingesetzt wurde, der sich angeblich in Berlin versteckt hielt.¹⁹

Und auch in diesem, wie schon im vorher erwähnten Dokument wurde erneut das Fehlen von Bandenformationen im Frontstreifen festgestellt und diese Passivität damit erklärt, daß die Volkssturmlaute und die Wehrwölfe im tiefen Untergrund

¹⁸ Ebenda, Bl. 76.

¹⁹ Ebenda, Bl. 99, 100.

saßen und auf günstigere Bedingungen für den Beginn des bewaffneten Kampfes warteten.

Der Volkssturm war eine Volkswehrformation, die von der Nazipartei und der SS im Herbst 1944 geschaffen wurde. An der Ostfront standen damals 100 Bataillone. Während der Berliner Operation nahmen allein an der Verteidigung Berlins bis zu 200 Bataillone Volkssturm teil. So kämpften im Verlaufe der Monate Januar und Februar 1945 gegen die Truppen der 1. Ukrainischen Front 25 Bataillone des Volkssturms mit je 300 - 800 Mann. Ende Januar waren sie zum großen Teil zerschlagen, und es verblieben nur noch 10 Bataillone.²⁰ Der „Wehrwolf“ bestand aus terroristischen Diversionsgruppen, die das deutsche Oberkommando im Hinterland der sowjetischen Truppen zurückließ.

Wie jedoch das Oberhaupt der letzten deutschen „Regierung“, Großadmiral K. Dönitz, gegenüber den ihn verhörenden sowjetischen Offizieren in Nürnberg erklärte, habe er unmittelbar nach Amtsantritt die Schaffung von Untergrundorganisationen und jegliche illegale Tätigkeit von Soldaten und Offizieren gegen die alliierten Mächte verboten.²¹

Nach Einschätzung der Aufklärungsabteilung des Stabes der Inneren Truppen bei der 1. Belorussischen Front veränderte sich in der zweiten Maihälfte des Jahres 1945 die Lage. Der „Wehrwolf“ unternahm Versuche, sich zu organisieren. Daher sahen die Organe des NKWD ihre Aufgabe darin, ein umfassendes Agentennetz aus Mitgliedern der ehemaligen Nazipartei, die sich der Sowjetunion gegenüber loyal verhielten, das Vertrauen des faschistischen Untergrundes besaßen und mit ihm in Verbindung standen, sowie aus Antifaschisten, die die Lage in ihrem Land gut kannten, zu schaffen. Mit Hilfe des Agentennetzes, dessen Personalstärke auf 246 Personen anwuchs, wurden bei der Filtration 8241 Deutsche festgenommen, von denen jedoch nur 976 Personen überführt, während die restlichen freigelassen wurden. Im Juli senkte sich die Zahl der Festgenommenen erheblich auf 973, von denen jedoch mehr als die Hälfte überführt wurden. Es gab weniger Agenten, aber ihre Effizienz war größer und ihr Einsatz gegen konkrete Personen gerichtet, wobei im Vordergrund die Aufgabe der Zerschlagung der „Wehrwolf“-Bewegung stand.²²

Wie einer der Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes erzählte, wurden sofort nach der Kapitulation Deutschlands im Verlaufe einer Nacht in Berlin 30 000 Deutsche festgenommen und in die Sowjetunion deportiert. Die Listen dieser Leute erhielten wir von deutschen Kommunisten schon, als unsere Truppen noch jenseits der Oder standen. In den ersten Tagen nach der Kapitulation, berichtete dieser Offizier des Sicherheitsdienstes, standen bei uns die freiwilligen Denunzianten und Angeber buchstäblich Schlange. Für die professionelle Ausbildung der zuverlässigen Deutschen, die im Interesse der Organe des NKWD/MGB in Deutschland

²⁰ ZAMO, Fond 32, Liste 253351, Akte 134, Bl. 2 - 16.

²¹ Wojenno-istoritscheski shurnal, Moskwa, 1993, Nr. 6, S. 57.

²² RGWA, Fond 32925, Liste 1, Akte 15, Bl. 141, 142.

arbeiteten, wurden nach Angaben deutscher Autoren in den Provinzen Mecklenburg und Brandenburg zwei Spezialschulen gegründet.²³

In der Lage, die sich im Juli herausbildete, gab es zwei wichtige Besonderheiten. Die erste bestand darin, daß neun Fälle „terroristischer Handlungen“ gegen sowjetische Militärangehörige und demokratische Persönlichkeiten der deutschen Verwaltung festgestellt wurden, daß bewaffnete Überfälle auf Militärkommandanturen stattfanden, daß es Diversionsversuche an Eisenbahnstrecken gab und daß Untergrundflugblätter auf den Straßen von Berlin, Dresden und Stendal auftauchten. Am 3. Juli wurden auf der Straße Beeskow - Mixdorf drei Militärangehörige der Roten Armee und der Bürgermeister des Dorfes Mixdorf ermordet. Am 13. Juli unternahm eine „Wehrwolf“-Gruppe den Versuch, in Sachsen durch Demontage von Einrichtungen ein Eisenbahnunglück herbeizuführen. Am 18. Juli beschoß eine Gruppe von 11 Personen die Militärkommandantur des Dorfes Groß-Beischter.²⁴

Die zweite Besonderheit der Lage, die die Besorgnis der Leiter der NKWD-Organe in Berlin hervorrief, bestand darin, daß, nach ihren Angaben, die Geheimdienste der USA und Großbritanniens erstmalig ihre Agenten in die sowjetische Zone brachten.²⁵ Die Amerikaner, die einige Regionen des sowjetischen Zone räumten, hinterließen 300 von ihnen angeworbene Agenten. Als Gegenmaßnahme wurden auf Weisung von General Serow die Aufklärungsorgane der Truppenteile der Inneren Truppen des NKWD zu einer selbständigen Gruppe „für die Durchführung spezieller Agenturtätigkeit“ formiert. Festgenommen wurde auch ein erheblicher Teil demobilisierter Sowjetsoldaten und von Repatriierten, die nicht in die Sowjetunion zurückkehren wollten und raubend, plündernd und marodierend umherzogen.²⁶

Im Herbst kam es zu einem Aufleben des Untergrundes, obwohl keine Bandenformationen festgestellt wurden. Unter der Bevölkerung verstärkte sich die faschistische Propaganda, es kam zu Aufrufen zum bewaffneten Kampf, es gab Drohungen gegen diejenigen, die mit den Organen der SMAD zusammenarbeiteten, die Agrarreform durchführten und an der Demokratisierung des Lebens in der Zone teilhatten. Diese Propaganda hinterließ negative Spuren in der Bevölkerung. Zugleich kam es im Zusammenhang mit der verstärkten Verlegung von Truppen auf das Territorium der UdSSR zu Fällen von Banditentum durch Sowjetbürger. In einige Verbrechen waren Schwerverbrecher verwickelt, die unter Nutzung der fehlenden Transportkontrolle speziell aus der Sowjetunion nach Deutschland kamen. Im Oktober zerschlugen die Organe des NKWD fünf Banden, die aus Deserteuren bestanden.

²³ Klimow, G., Berliner Kreml, Köln/Berlin, 1952, S. 231.

²⁴ So im Originaldokument. Möglicherweise ist Groß-Bierstedt bei Gardelegen gemeint – d. Übersetzer.

²⁵ RGWA, Fond 32925, Liste 1, Akte 16, Bl. 1, 2.

²⁶ Ebenda, Bl. 24 - 29.

Die Aufgaben der NKWD-Truppen in Deutschland wurden in der Direktive Nr. 002465 vom 27. August 1945 durch Generaloberst I. A. Serow wie folgt formuliert: Neben der Zerschlagung von terroristischen Diversionsgruppen und Banden und dem Kampf gegen feindliche Aktionen von faschistischen und anderen verbrecherischen Elementen hat der Sicherheitsdienst Haussuchungen, Festnahmen und andere spezielle Operativmaßnahmen unter Führung der Leiter der Operativgruppen durchzuführen; die Außensicherung der Gefängnisse und von Einrichtungen für vorläufige Festnahmen zu verwirklichen wie auch die Begleitung von Festgenommenen sowie die Sicherung und bei Notwendigkeit auch die Verteidigung von Punkten der Dislozierung, Operativsektoren, Operativgruppen und der Einheiten der Inneren Truppen selbst.²⁷

Damit ist die Sicherung von 220 Objekten in der Sowjetzone einschließlich der sächsischen Bergbauverwaltung, die im Erzgebirge Uran gewann, gemeint.²⁸ Zur Sicherung dieser Objekte waren 3287 „aktive Bajonette“ eingesetzt.²⁹ Bis Dezember 1956 erfüllten diese Aufgabe die Organe von sechs Operativsektoren, in die das Territorium der Zone eingeteilt war, und sieben Schützenregimenter der Inneren Truppen des NKWD mit einer Gesamtstärke von 7938 Mann. Am 4. Dezember 1946 verringerte das Innenministerium der UdSSR die Zahl seiner Inneren Truppen in Deutschland auf fünf Regimenter mit einer Gesamtstärke von 5645 Mann.³⁰

Die Anstrengungen der Mitarbeiter der sowjetischen Spezialdienste in Deutschland waren nicht nur auf den Kampf mit einem realen Feind in Gestalt verschiedener Nazigruppen gerichtet, sondern auch gegen eingebildete Feinde. Die Untergebenen des General Serow und seiner Nachfolger suchten überall Trozkisten, Titoanhänger, Schumacherleute und bürgerliche Nationalisten, und wenn sie sie gefunden hatten, bestrafte sie sie ebenso gnadenlos wie auch in den anderen Ländern Osteuropas.

Um die Wichtigkeit und die Notwendigkeit des Vorhandenseins starker NKWD/MWD-Truppen in der sowjetischen Zone zu demonstrieren und die Wirksamkeit ihrer Tätigkeit zu zeigen, führte das Oberkommando periodisch ein Durchkämmen des gesamten Territoriums der Zone oder von einzelnen Regionen oder Städten durch. Man kann sagen, daß es bestimmte Ergebnisse brachte. Aber in stärkerem Maße heizte es die Lage an und verursachte Unruhe unter der Bevölkerung. So wurde vom 10. bis 15. August 1945 das erste massierte Durchkämmen des Territoriums der sowjetischen Zone organisiert, bei dem für die Filtration 64 000 Personen festgenommen wurden, darunter 2000 Offiziere und 12 Generale der ehemaligen Wehrmacht und der SS sowie einige Dutzend anglo-amerikanische Agenten.³¹ Ein weiteres Durchkämmen vom 11. bis 16. September

²⁷ Ebenda, Akte 152, Bl. 277.

²⁸ Ebenda, Bl. 278.

²⁹ Ebenda.

³⁰ Ebenda.

³¹ Ebenda, Akte 16, Bl. 25.

1945 wurde in Berlin durchgeführt, dabei wurden 4432 Personen festgenommen.³² Das Kommando der Inneren Truppen des NKWD in Deutschland ging davon aus, daß neben den genannten Aufgaben zwei weitere zu erfüllen sind: Das war erstens die Organisation eines „speziellen Agentennetzes in der Zone der alliierten Truppen“. Zur Lösung dieser Aufgabe wurden schon im Oktober fünf Personen herangezogen. Zweitens war ein qualifiziertes Agentennetz für den erfolgreicher Kampf gegen den faschistischen Untergrund zu schaffen.³³

Der Kampf der Truppen des NKWD und anderer Spezialdienste bei der energischen Unterstützung der Antifaschisten und der deutschen Verwaltungen verstärkte sich in den letzten Monaten des Jahres 1945. In Berlin verbreitete Flugblätter riefen die Deutschen auf, ihre Frauen und Kinder vor den sowjetischen Soldaten zu schützen. „Wer uns an die Mongolen verkauft hat, ist ein Feind des Volkes. Denkt daran, deutsche Demokraten!“ Ein anderes Flugblatt verkündete: „Die NSDAP kämpft. Der *Wehrwolf* lebt. Unterstützt den *Wehrwolf*!“ In den Flugblättern wurden Gerüchte über einen bevorstehenden Krieg zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion verbreitet, die Methoden der Durchführung der Bodenreform kritisiert und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Demontage der Betriebe aufgehetzt. Es häuften sich Fälle von terroristischen Akten. So wurden im November neun sowjetische Militärangehörige und zwei Deutsche ermordet und 24 Personen verletzt. Es gab Vergiftungen sowjetischer Soldaten mit Spiritus. Deutsche Banditen verkleideten sich in sowjetischen Uniformen.³⁴ Das wird in einer der Meldungen des Kommandos der Inneren Truppen des NKWD in Deutschland bestätigt.

Ähnliche Einzelfälle mag es tatsächlich gegeben haben, aber sie stellten keine ernsthafte Gefahr weder für die sowjetischen Truppen noch für die deutschen demokratischen Organe dar. Auf alle Fälle haben weder ich noch die meisten meiner Kollegen jemals von derartigen Fällen gehört. Schon wenige Wochen nach der Beendigung der Kampfhandlungen trugen wir nicht mehr unsere persönliche Waffe und fühlten uns vollständig sicher. Die Deutschen fanden sich mit ihrem Schicksal als Besiegte ab, was auch voll ihrer Mentalität entsprach. Aber daraus auf eine völlig beruhigte Lage zu schließen, entsprach nicht den Vorstellungen von General Serow und seinen Unterstellten, die wenig später erneut Alarm schlugen.

So hat man im Dezember, wie sie mitteilten, festgestellt, daß außer dem „Wehrwolf“ auch ehemalige Wehrmachtsangehörige in die Untergrundtätigkeit einbezogen wurden, Direktiven der SMAD sabotiert wurden, weiterhin terroristische Akte gegen sowjetische Militärangehörige stattfanden und, wie General Simin in einem Routinevortrag mitteilte, „eine erhebliche Aktivierung der anglo-amerikanischen Aufklärung erfolgte“. Im Dezember wurden zehn ihrer Agenten

³² Ebenda, Akte 108, Bl. 328.

³³ Ebenda, Akte 16, Bl. 74 - 79.

³⁴ Ebenda, Bl. 95 - 99.

festgenommen. Neu war auch, daß eine illegale Nazizeitung „Freiheitsfront“³⁵ verbreitet wurde. Sie vermeldete, daß Hitler lebt und zum Widerstand aufruft und daß der Untergrund angeblich von M. Bormann geleitet wird.

Die Arbeitsmethoden, die man in der Heimat anwandte, wurden durch die Sicherheitsorgane vollständig in Deutschland übernommen: In jedem großen oder kleinen deutschen Amt und auch in den Organen der SMAD legten sie sich „Anklopfer“³⁶ zu, die mißliebige Mitarbeiter provozierten. Sie hatten keine große Mühe, buchstäblich wenige Wochen nach Kriegsende wurden viele sowjetische Helden dieses Krieges verhaftet. Sie webten ihr Spinnennetz sogar um Marschall Shukow. Diese „Hüter der sozialistischen Demokratie“ fanden alle möglichen Vorwände, bei Stalin Mißtrauen gegen ihn hervorzurufen.

Um eine Vorstellung von der Lage zu vermitteln, in der viele sowjetische Bürger und auch Shukow in Deutschland arbeiteten, genügt ein Beispiel, über das er später selbst berichtete. Im Herbst 1945 traf in Berlin der Chef der Hauptverwaltung „SMERSCH“, Generaloberst W. S. Abakumow ein und begann, Generale und Offiziere zu verhaften. Als G. K. Shukow das erfuhr, rief er ihn sofort zur Klärung zu sich. „Als er in mein Dienstzimmer trat,“ berichtete Shukow, „wurden ihm zwei Fragen gestellt: Erstens, warum er sich bei der Ankunft im Verantwortungsbereich der Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland nicht bei mir als Oberkommandierendem vorgestellt habe? Zweitens, warum er ohne mein Wissen als Oberkommandierender Verhaftungen von mir unterstellten Generalen und Offizieren durchführe? Natürlich konnte er auf diese Fragen keine vernünftigen Antworten geben.“

Ich hörte mir seine gestammelten Antworten an und befahl ihm: Alle Verhafteten sind unverzüglich freizulassen, er selbst hat innerhalb von 24 Stunden nach Moskau abzufahren. Dabei verwarnte ich Abakumow streng, daß er, wenn er meine Forderungen nicht erfüllt, festgenommen und unter Bewachung nach Moskau gebracht wird. Und er gehorchte und unterwarf sich dem Befehl. Die verhafteten Generale und Offiziere wurden freigelassen, und Abakumow fuhr nach Moskau zurück.“³⁷

Über einen ähnlichen Fall berichtete auch K. I. Kowal. Mitte Juni 1945 rief Shukow Kowal an und teilte verärgert mit, daß General Serow ihm gemeldet habe, Kowal lasse alle deutschen Krafffahrzeuge zum Abtransport demontierter Ausrüstungen beschlagnahmen. Dadurch sei in einer Reihe von Städten die Mehlzufuhr für die Bäckereien zum Stocken gekommen, und es könnten Hungerrevolten auftreten. Aber eine sofortige Überprüfung bestätigte solche Vorkommnisse nicht, worüber in einer Sondermeldung informiert wurde. „Danach, als alles vorbei war,“ erinnerte sich K. I. Kowal, „hielt der Marschall mich und Dratwin zurück und sagte: Ihr habt nicht nur gewonnen bei der Sache

³⁵ Rückübersetzung der Bezeichnung aus dem Russischen – d. Übersetzer.

³⁶ Entspricht einem Agent provocateur, Lockspitzel – d. Übersetzer.

³⁷ Swetlischin, N. A., *Krutnye stupeni sudby* (Steile Schicksalsstufen), Chabarowsk 1992, S. 225.

mit der Autobrücke Ostdeutschland – UdSSR-Grenze, sondern mir auch geholfen, einen *Anklopfer* auszuschalten. Gott verhüte, daß wir uns so etwas auf deutschen Boden angewöhnen, unter den Bedingungen des Besatzungsregimes, bei dem die Menschenrechte sowieso durch die Tatsache der Besetzung selbst sehr wenig bedeuten.“

Leider begannen sich die schlimmsten Befürchtungen des Marschalls zu erfüllen, als er im März 1946 auf Forderung Stalins seinen Posten in Berlin verlor und nach Moskau zurückkehrte.³⁸

Die Verhaftungen unter der deutschen Bevölkerung wurden mit wachsender Intensität fortgesetzt. Dabei wurden die Bürgerrechte schwerwiegend verletzt, und nicht selten wurden nicht nur Nazis, Kriegsverbrecher und amerikanische und englische Agenten verhaftet, sondern auch gerade aus dem Gefängnis befreite Antifaschisten, die aus unterschiedlichen Gründen mit der Tätigkeit der KPD/SED und auch der Organe der SMAD unzufrieden waren. Die übertriebene Verschärfung der Situation in ihren Meldungen nahmen unsere Spezialdienste zum Anlaß für eine wesentliche Verstärkung des Agentennetzes unter den Deutschen. Ohne die Mithilfe der deutschen Antifaschisten und anderer deutscher Bürger, die ihre Zustimmung zur Zusammenarbeit mit den sowjetischen Abwehrorganen gegeben hatten, heißt es in einer Meldung, waren ein wirksamer Kampf mit dem Untergrund und die Entlarvung von Nazis und Kriegsverbrechern nicht möglich. Am 1. Januar 1946 umfaßte dieses Netz 2304 Personen, davon waren allein im Dezember 458 Agenten geworben worden. Einige von ihnen brachten recht gute Ergebnisse. So wurde die frühere offizielle SD-Mitarbeiterin E. D. verhaftet und angeworben, dann wegen der Mitarbeit bei der sowjetischen Abwehr wieder freigelassen. Nach einiger Zeit gelang es ihr, eine Resindentur des SD in Halle aufzudecken und an der Ergreifung des Chefs der örtlichen SD-Abteilung mitzuwirken.

Im Vortrag von General Simin wird darauf verwiesen, daß es auch Ergebnisse bei der „besonderen Agentenarbeit“ gab, die im Dezember 1945 21 Agenten und im Februar 1946 schon 30 Agenten führte. Einige von ihnen hatten Verbindungen zu alliierten Mächten, einschließlich der amerikanischen Aufklärung, und drangen in polnische und ukrainische nationale Formationen ein. Insgesamt zählte der konspirative Apparat der Aufklärungsabteilung des Stabes der Inneren Truppen in Deutschland, der nur aus Deutschen bestand, 3083 Personen.³⁹

Nach der Churchill-Rede in Fulton im Frühjahr 1946 wurde ein Aufleben der Untergrundtätigkeit der Nazis festgestellt. Sie verbreiteten Gerüchte über einen möglichen Krieg zwischen den ehemaligen Alliierten und aktivierten die antisowjetische Propaganda. Diversions- und terroristische Akte wurden im Frühjahr 1946 jedoch nicht festgestellt. Es lief ein erbitterter Kampf zwischen Aufklärung

³⁸ Kowal, K. I., Rabota w Germanii po sadaniju (Arbeit in Deutschland im Auftrag); in: Nowaja i nowejschaja istorija, Moskwa 1995, Nr. 2, S. 113f.

³⁹ RGWA, Fond 32925, Liste 1, Akte 46, Bl. 11 - 13.

und Abwehr der Westmächte und der Sowjetunion. In der sowjetischen Zone wurden im April 1946 acht englische und amerikanische Agenten festgenommen. In den Westzonen setzten 45 sowjetische Agenten, darunter drei Militärangehörige der alliierten Armee, ihre Tätigkeit fort.⁴⁰

Der Flüchtlingsstrom von Osten nach Westdeutschland im Jahre 1948 schuf günstige Bedingungen für das Eindringen sowjetischer Agenten in wichtige staatliche Strukturen Westdeutschlands und anderer Länder. So wurden, nach Angaben von Chr. Andrew und O. Gordiewsky, über das MGB-Hauptquartier in Karlshorst der ehemalige SS-Hauptmann Hans Clemens und später sein Freund Heinz Felfe im Bundesnachrichtendienst untergebracht.⁴¹ Damals wurden auch in den Volks-Arbeitsbund (NTS) und die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) sowjetische Agenten eingeschleust.

Im Mai 1946 bestanden die Inneren Truppen des MWD in Deutschland aus zehn Regimentern (Schützenregiment-16, -38, -83, -87, -92, -105, -127, -157, -213 und -331) und zählten 15 158 Mann. Sie waren zur Sicherung folgender Objekte bestimmt: fünf Operativsektoren (je einer pro Land/Provinz), 17 Bezirksoperativgruppen, 170 Kreis- und Gebiets-Operativgruppen, 15 Haftanstalten und 131 Einrichtungen für vorläufige Festnahmen. In Berlin sicherten sie die zentrale Operativgruppe des NKWD und 13 Operativgruppen der Stadtbezirke, ein Speziallager, das Gebäude der früheren Reichskanzlei, Abteilungen und Operativgruppen für den Kampf gegen das Banditentum und außerdem die Stabsquartiere der Generale Serow und Sidnew und das Gebäude des Vertreters des Rates für Reparationen beim Ministerrat der UdSSR.⁴²

Neben der Sicherung bestimmter Objekte bewachten die Inneren Truppen des NKWD auch Transporte von Sowjetbürgern in die UdSSR, die in den Kriegsjahren auf der Seite des Gegners kämpften. Dazu wurden entsprechend der Direktive des Chefs der Hauptverwaltung Aufstellung der Roten Armee vom 14. Januar 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone fünf Arbeitsbataillone zu je 1000 Mann aufgestellt. Sie rekrutierten sich aus ehemaligen Kriegsgefangenen im Mannschafts- und Unteroffiziersrang, die in der deutschen Wehrmacht, in deutschen Spezialverbänden, bei den Wlassowtruppen oder der Polizei gedient hatten, und von den Alliierten in Lager der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen übernommen worden waren. Alle wurden in vergitterten Eisenbahnwaggons durch mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffnete Wachmannschaften zur Station Wladiwostok gebracht.⁴³

⁴⁰ ebenda, Bl. 33 - 53.

⁴¹ Andrew, C., Gordiewsky, O., KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow, München 1990, S. 503, 527.

⁴² RGWA, Fond 32925, Liste 1, Akte 146, Bl. 198.

⁴³ Ebenda, Bl. 26 - 28.

Im Februar 1947 wurden die Inneren Truppen in der Sowjetischen Besatzungszone verringert und bestanden noch aus folgenden Truppenteilen: dem 38. Rotbanner-Regiment, Träger des Suworowordens, dem 83. Rotbanner-Schützenregiment, dem 92. Karpaten-Rotbanner-Schützenregiment, dem 105. Rigaer Rotbanner-Schützenregiment und dem 157. Rotbanner-Schützenregiment, Träger des A. Newski-Ordens.⁴⁴ Nach Angaben des Oberkommandos der Inneren Truppen des MGB in Deutschland wurden in den ersten acht Monaten des Jahres 1947 (nach der bei diesen Truppen üblichen Klassifikation) festgenommen: 36 Agenten ausländischer Geheimdienste, 43 Diversanten und Terroristen, 25 Banditen, 81 aktive Nazis, 56 Vaterlandsverräter, 23 Deserteure, 23 Plünderer und Vergewaltiger, 173 Besitzer von illegalen Waffen, 878 Verletzer der Zonengrenze, 24 Verletzer des Besatzungsregimes, 4 Sowjetbürger, die sich der Rückkehr in die UdSSR entzogen hatten, 187 Verletzer der öffentlichen Ordnung und 2368 Personen ohne Papiere. Insgesamt waren es 3921 Personen. Gleichzeitig eskortierten die Truppen in dieser Zeit 98 938 festgenommene Deutsche in die UdSSR.⁴⁵

Die Festnahmen waren in der Regel nicht mit einem Gerichtsverfahren verbunden. Aber auch, wenn die Verurteilung durch ein Militärtribunal erfolgte, fand die Verhandlung unter Verletzung der allgemeingültigen Praxis in russischer Sprache ohne Verteidiger statt, und die Urteilshöhe lautete gewöhnlich auf 15 bis 25 Jahre. Auch auf die Todesstrafe wurde bis zu ihrer Abschaffung im Jahre 1947 und nach ihrer Wiedereinführung durch den Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets vom Januar 1950 erkannt.⁴⁶ Für die zeitweise Unterbringung der Internierten wurden in der Zone sowjetische Lager in folgenden Städten eingerichtet: Bautzen (Juni 1945 - März 1950), Buchenwald bei Weimar (August 1945 - Februar 1950), Fort Zinna bei Torgau (September 1945 - Mai 1946), Frankfurt an der Oder (Mai 1945 - September 1947), Mühlberg (September 1945 - November 1948), Sachsenhausen (August 1945 - Februar 1950) und weitere zehn Lager in anderen Städten.⁴⁷

Im Zusammenhang mit der Verringerung der Inneren Truppen des MGB, die die Speziallager für ehemalige Nazis, Kriegsverbrecher und Kriminelle sicherten, ergab sich die Frage deren weiterer Bewachung, da die Anzahl der Inhaftierten sich nicht verringerte, sondern wuchs. So meldete zum Beispiel der Kommandeur des 38. Schützenregiments, Oberst Pawlow, am 6. Juni 1947 an den Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland, Generalmajor W. I. Kusnezow, daß nach der Umbildung einiger Speziallager die Anzahl der zum „Spezialkontingent“ gehörenden Lagersassen erheblich zugenommen habe. Insbesondere im Speziallager Nr. 1 (Mühlberg) waren an Stelle von bisher 6000 Internierten 13 340, im Lager Nr. 2 (Buchenwald) stieg die Zahl von 15 000 auf 18 000 Personen, im Lager

⁴⁴ Ebenda, Akte 538, Bl. 20.

⁴⁵ Ebenda, Akte 152, Bl. 258, 259.

⁴⁶ SBZ-Handbuch, München 1993, S. 30.

⁴⁷ Ebenda, S. 60.

Nr. 4 (Bautzen) von 5000 auf 6080 und im Lager Nr. 10 (Torgau) von 1000 auf 1900 Personen. Der Kommandeur beschwerte sich, daß sein Truppenteil mit einer Stärke von 1232 Mann nicht in der Lage sei, die Sicherung zahlreicher Lager, Gefängnisse und MGB-Abteilungen in den Ländern und Provinzen und anderer Objekte zu gewährleisten.⁴⁸

Der Befehlshaber der Inneren Truppen des MGB in Deutschland schätzte bei der Beurteilung der operativen Lage in der sowjetischen Zone ein, daß „die Arbeit der Organe der SMAD günstige Bedingungen für die Festigung der demokratischen Organe der deutschen Selbstverwaltung, die Säuberung der Organe und Einrichtungen von faschistischen Elementen, die Stärkung des Einflusses der SED, die in den Ländern und Provinzen bei den Kommunalwahlen einen beachtlichen Sieg errungen hatte, und die Festigung des Blockes der antifaschistischen Parteien geschaffen hat.“⁴⁹

Die angeführte Einschätzung der eigenen Arbeit in Deutschland durch das Oberkommando der Inneren Truppen leidet unserer Meinung nach an Einseitigkeit. Die Angaben über die Zahl der inhaftierten Deutschen sind eindrucksvoll. Aber aus ihnen ist schwer festzustellen, wieviel von ihnen laut Gerichtsbeschluß tatsächlich faschistische Terroristen, Diversanten oder Agenten ausländischer Geheimdienste waren. Die Praxis der Arbeit dieser Organe zeugte in der Vergangenheit und auch später davon, daß der Unterschied zwischen diesen Zahlen nicht selten erheblich war. Daher richteten zwischen September und November 1947 die Chefs des MGB einige Schreiben an Stalin und Molotow mit dem Vorschlag, die Prüfung der Akten der in den Lagern und Gefängnissen in der Sowjetischen Besatzungszone festgehaltenen Deutschen zu beschleunigen, um chronisch Kranke und Alte, für die es nicht hinreichende Gründe zur Übergabe an ein Gericht gab, zu entlassen. Konkret wurde empfohlen, rund 20 000 von 60 580 Personen freizulassen, von denen es keine Angaben über eine verbrecherische Tätigkeit gab sowie Alte, Frauen mit Kindern, Halbwüchsige, Invaliden und Schwerkranke.⁵⁰

Die Verwendung ehemaliger Nazi-Konzentrationslager in Deutschland durch die sowjetischen Spezialdienste rief bei einem großen Teil der deutschen Bevölkerung unangenehme Assoziationen hervor. Kritische Artikel dazu erschienen in der Presse der Westzonen. Daher machte das Außenministerium der UdSSR am 26. Juni 1947 der SMAD den Vorschlag, die Nutzung von Buchenwald und Sachsenhausen für die Unterbringung verhafteter Deutscher zu verbieten. Aber der Stellvertreter des Innenministers der UdSSR Serow einigte sich mit dem Stellvertreter des Außenministers der UdSSR Wyschinski darauf, diesen Vorschlag „wegen der

⁴⁸ RGWA, Fond 32925, Liste 1, Akte 152, Bl. 50, 51.

⁴⁹ Ebenda, Bl. 253.

⁵⁰ Archiwj Kremlja i Staroj Ploschtschady, 1993, Nr. 3, S. 9.

Unmöglichkeit der Verlegung der in ihnen festgehaltenen Deutschen in andere Lager und weil der Bau neuer Lager unzweckmäßig sei“ abzulehnen.⁵¹

In den folgenden Jahren, als die souveräne DDR bereits bestand, setzten die sowjetischen Spezialdienste ihre Tätigkeit mit der bisherigen Aktivität fort. Davon zeugt laut Verordnung der Sowjetregierung vom 21. Februar 1953 die Vorbereitung der Errichtung von neuen Abteilungen in vier Speziallagern der Republik Komi, in Kasachstan und im Irkutsker Gebiet zur Unterbringung von Deutschen, Österreichern und anderen Ausländern, die durch Militärtribunale der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland und Österreich verurteilt wurden.⁵²

Wie sich aus einem Auskunftsbericht des Leiters der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums, der Molotow am 17. Oktober 1947 vorgelegt wurde, ergibt, befanden sich vom Beginn der Okkupation bis zum 1. Januar 1947 in den Internierungseinrichtungen der sowjetischen Zone 14 820 Personen, die schuldig an Kriegsverbrechen und an Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit waren. Die sowjetischen Militärtribunale zogen 14 240 Personen zur Verantwortung und verurteilten 138 zum Tode, 13 960 zu anderen Strafen und sprachen 142 Personen frei. In der Zahl der Verurteilten sind die nicht enthalten, deren Fall am Ort ihres Verbrechens untersucht wurde.

Weiter wird im Auskunftsbericht vermerkt, daß außer den erwähnten Kategorien von Verbrechern in der angeführten Periode 59 965 Mitglieder der SS, höhere Staatsbeamte, Angehörige der Gestapo, des SD, des „politischen Führerkorps“, Offiziere des Generalstabes und Verbrecher einiger anderer Kategorien verhaftet wurden. Die Anzahl der in diesen Kategorien in der sowjetischen Besatzungszone Verhafteten unterscheidet sich nicht sehr von denen in den anderen Zonen: In der amerikanischen wurden 51 000, in der britischen 34 500 und in der französischen Zone 10 923 Personen festgenommen.

Gleichzeitig wird in Auskunftsbericht darauf hingewiesen, daß es mit der amerikanischen Besatzungsmacht eine Übereinkunft gibt, der UdSSR 10 950 Angehörige des SD, der SS, der Gestapo und anderer Organisationen zu überstellen, die auf sowjetischem Territorium Kriegsverbrechen begangen haben. Tatsächlich wurde aber nur ein Teil übergeben. Zugleich leben in den Westzonen „mehr als tausend Verräter, Sowjetbürger, deren Vorhandensein die Alliierten nicht zugeben“, heißt es in dem Auskunftsbericht.⁵³

In den ersten Jahren des „kalten Krieges“ überstanden die sowjetischen Spezialdienste, auch in Deutschland, nicht wenige Schwierigkeiten. Einerseits wurde eine Verstärkung der Tätigkeit der anglo-amerikanischen Geheimdienste in Deutschland festgestellt, andererseits gab es ein Durcheinander in der Organisation einiger sowjetischer Aufklärungsoperationen. Einige erfahrene und gut infor-

⁵¹ AWP RF, Fond Deutschland-Referent, Liste 34, Ordner 27, Mappe 148, Akte G/175, Bl. 25,26.

⁵² Archiwjy Kremlja i Staroj Ploschtschady, 1993, Nr. 3, S. 10.

⁵³ AWP RF, Fond Deutschland-Referent, Liste 34, Ordner 66, Mappe 152, Akte Ge-622, Bl. 114.

mierte Mitarbeiter flohen über die Grenze oder dienten, wie später festgestellt wurde, schon vorher den Spionagediensten anderer Länder.

Anfang 1946 wurde Berija Mitglied des Politbüros und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates. Auf dem Posten im NKWD wurde Berija durch seinen Stellvertreter S. N. Kruglow abgelöst. Leiter des NKGB wurde W. N. Merkulow. Im März 1946 wurden NKGB und NKWD von Kommissariaten zu Ministerien umgebildet. Schnell wurde W. N. Merkulow auf dem Posten als Chef des MGB durch einen weiteren „Mann Berijas“, W. S. Abakumow ersetzt. Seit April 1943 leitete er die militärische Abwehr „SMERSCH“, die nicht nur deutsche Spione jagte, sondern auch „Abtrünnige und Vaterlandsverräter“ in den Reihen der Streitkräfte. Bei Kriegsende führten sie auch die Filtration von Millionen sowjetischer Kriegsgefangener durch, wie auch die Repatriierung und die Hinrichtungen von Soldaten und Offizieren, die in der Wlassowarmee gedient hatten. Eine der Aufgaben von „SMERSCH“ bis zu seiner formellen Auflösung im März 1946, wie auch des MGB unter der Leitung von Abakumow war laut der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung über die Tätigkeit der Tschekisten in der Zeit des Krieges, „den Völkern der befreiten Länder bei der Errichtung und Festigung freier, örtlich angepaßter Formen des Regierens zu helfen“.

Im Herbst 1947 wurden die Verwaltung des Auslandsnachrichtendienstes im MGB und die Hauptverwaltung Aufklärung (GRU) im Verteidigungsministerium zu einer neuen Organisation der Auslandsaufklärung, dem Komitee für Information (KI) unter der Führung des Außenministers W. M. Molotow vereinigt. Im Sommer 1948 nahm der Verteidigungsminister N. A. Bulganin nach einer Auseinandersetzung mit Molotow die Mitarbeiter der Militäraufklärung aus dem KI wieder zurück in die GRU.

Die sowjetischen Sicherheitsorgane mit Berija an der Spitze nahmen gemeinsam mit einer Gruppe von Offizieren des Stabes der 1. Belorussischen Front auch an Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Teilnehmer an der Potsdamer Konferenz im Juli - August 1945 teil.

Wie sich der ehemalige Stellvertreter des Befehlshabers der 1. Belorussischen Front für Rückwärtige Dienste, Generalleutnant N. A. Antipenko, der die gesamte materielle Vorbereitung der Konferenz leitete, erinnert, begann der Briefwechsel zwischen den Führern der Alliierten über Zeit und Ort der Einberufung der Konferenz bereits Ende Mai 1945. Danach bereiste und untersuchte eine Gruppe von Offizieren unter Teilnahme des Vertreters des Chefs der Rückwärtigen Dienste der 1. Belorussischen Front die gesamte Umgebung Berlins und empfahl ein schönes Gartengebiet von Babelsberg bei Potsdam als Konferenzort. Hier war auch der Palast des ehemaligen deutschen Kronprinzen, der für die Konferenz vorgeschlagen wurde. Marschall Shukow und danach auch Stalin billigten die Wahl.

Das gesamte Gelände um das Schloß, besonders der Park von Sanssouci, wurde vom Standpunkt der Sicherheit überprüft, instand gesetzt und ausgebaut wie auch alle sieben Landhäuser für jede Delegation und die 36 Zimmer des Schlosses selbst. Für die Reparaturarbeiten wurden deutsche Ingenieure, Techniker und Arbeiter eingesetzt. Sie waren sorgfältig überprüft. Um eine zuverlässige Sicherung zu gewährleisten, wurde das gesamte benachbarte Gebiet in drei Ringe eingeteilt. Der äußere und der mittlere Ring wurden durch den sowjetischen Spezialdienst gesichert. Der innere Ring war wiederum in drei Sektoren geteilt, deren Sicherung die jeweiligen Mächte selbst übernahmen. Während bei der Konferenz von Jalta alle Aufwendungen die Sowjetunion allein trug, sicherte in Potsdam die Versorgung mit Verpflegung und die anderen Dienstleistungen, wie bereits vorher vereinbart, jede Delegation mit eigenen Kräften und Ressourcen. Spezialbeauftragte der USA und Großbritanniens zur Beobachtung der Reparaturen und der Sicherheitsmaßnahmen gab es zur Genüge.

Von den anderen Arten der tschekistischen Tätigkeit der Gruppe von General Sidnew in Berlin hatte über einen Zeitraum von einigen Jahren nach dem Kriege die „Operation zur Klärung der Umstände des Selbstmordes von Hitler“ besondere Bedeutung. Ihre Details wurden inzwischen der Öffentlichkeit bekannt und als Sensation empfunden.

Dies ist die Geschichte dieser „Klärung“: Als am frühen Morgen des 1. Mai 1945 Marschall Shukow der Selbstmord Hitlers vom 30. April 1945 um 15.50 Uhr bekannt geworden war, meldete er es Stalin. Nachdem Stalin die Meldung gehört hatte, antwortete er: „So ein Schuft! Schade, daß man ihn nicht lebend gefaßt hat. Wo ist der Leichnam von Hitler?“ Shukow antwortete, daß „Hitlers Leichnam im Feuer verbrannt ist“.

Shukow nahm an, daß für Stalin die Frage von Hitlers Schicksal abgeschlossen sei und daß ihn weitere Einzelheiten nicht interessierten. Aber das waren falsche Vorstellungen. Stalin hatte Zweifel an der Zuverlässigkeit der Angaben über den Selbstmord Hitlers und äußerte Vermutungen über die Möglichkeit des Todes eines Doppelgängers von Hitler, um das Verschwinden des Führers zu decken. Auch der Vortrag der gerichtsmedizinischen Expertise, die den Selbstmord des Führers bestätigte, konnte die Zweifel Stalins nicht beseitigen. Und da traten die Tschekisten General Sidnews auf den Plan. Der Kammerdiener des faschistischen Diktators, H. Linge, und sein persönlicher Adjutant Günsche wurden verhaftet. Sie waren die letzten, die Hitler gesehen hatten und mit ihm sprachen. Ihre Verhöre durch Mitarbeiter der Staatssicherheit in Berlin und Moskau zogen sich über einige Jahre hin und hatten nur ein Ziel: herauszufinden, daß nicht sie als unmittelbare Zeugen des Selbstmordes Hitlers recht haben, sondern Stalin, der von den Tschekisten die Bestätigung seiner Vorstellungen vom Schicksal des Diktators verlangte.

Nach diesen Vorgaben führten die sowjetischen Tschekisten ihre Untersuchungen und wandten dabei ein breites Spektrum ihrer bekannten Methoden an, von psychologischem Druck bis zur direkten Drohung des Erschießens als Kriegsverbrecher.

Ganz offen sprach man in der Lubljanka davon, daß von ihnen eine Aussage verlangt wird, die die Version vom Vorhandensein eines Doppelgängers Hitlers bestätigt.

Ein Jahr nach den Ereignissen im Führerbunker wurde im Mai 1946 Linge aus der Butyrka⁵⁴ nach Berlin in den noch erhalten gebliebenen Bunker unter der Reichskanzlei gebracht, um sich nochmals „zu erinnern“, von seinen früheren Aussagen abzurücken und die Version der Ermittlungen zu bestätigen. Erneut führte die gerichtsmmedizinische Kommission eine Exhumierung der Leichen von Hitler und Eva Braun durch, die inzwischen von Berlin nach Magdeburg verbracht und auf dem Hof der Abteilung „SMERSCH“ verscharrt worden waren. Die Kommission bestätigte erneut die Aussagen von Linge und anderen, aber in ihrer Zusammenfassung erklärte sie trotzdem, daß sie „keine Möglichkeit sieht, in dieser Frage zu endgültigen Schlußfolgerungen zu kommen“. Es wird ersichtlich, daß die Kommissionsmitglieder nicht vergessen hatten, daß Stalin noch am Leben war.

So schloß sich der Kreis in den Aussagen, aber die Verhöre wurden fortgesetzt. Nachdem das dritte Nachkriegsjahr vergangen war, überkam die Leiter des MGB plötzlich der Wunsch, auch Fragen des Intimlebens des dahingeshiedenen Führers aufzuklären. Für Günsche und Linge wurden in der Butyrka alle Bedingungen geschaffen, daß sie diese Frage erhellen konnten. Bis zum Herbst 1949 schrieben sie ihre Erinnerungen in der Hoffnung, daß man sie mit hunderttausenden anderen Kriegsgefangenen in die Heimat läßt. Aber die Leitung des MGB hatte die Hartnäckigkeit von Günsche und Linge nicht vergessen, sie kamen aus dem Gefängnis in ein gewöhnliches Gefangenenlager und verblieben noch sieben Jahre in der UdSSR.

Diese Geschichte der Operation von NKWD/MGB zur Aufklärung des Schicksals Hitlers ist für die Nachkommen in einer vielbändigen Untersuchungsakte aufgezeichnet und der Öffentlichkeit dank der Publikationen von L. Besymenski und E. Maximowa bekannt.⁵⁵

In Verbindung mit der sich nach 1947 zuspitzenden Konfrontation zwischen den ehemaligen Verbündeten aktivierte sich merklich die Tätigkeit anglo-amerikanischer Geheimdienste in Deutschland. Ein Verdienst der sowjetischen Abwehr war es einige Jahre später, daß sie mit Hilfe des sowjetischen Aufklärers George Blake, der in Großbritannien tätig war, in Berlin einen Tunnel, der zu Nachrichtenkabeln des sowjetischen Oberkommandos in Deutschland führte, aufdeckte. Die Lage war derart brenzlich, daß die sowjetische Führung von den Organen des KGB kategorisch forderte, die Gefahr des Entstehens eines bewaffneten Konflikts nicht zuzulassen.

⁵⁴ Berüchtigtes Gefängnis in Moskau – d. Übersetzer.

⁵⁵ Siehe „Iswestija“ vom 19. und 20. Februar 1993.

Bei ihrer Tätigkeit zum Schutze der Interessen der Sowjetunion in Deutschland hielten sich nicht alle Mitarbeiter der sowjetischen Spezialdienste an die Regeln von politischer Kultur und moralischer Sauberkeit. Wie später aufgedeckt wurde, handelten die obersten Leiter der sowjetischen Spezialdienste nicht selten absolut ohne Kontrolle, sie plünderten und marodierten, das heißt sie verübten schwere Verbrechen. So wurde Anfang 1948 der ehemalige Chef des Operativsektors in Berlin, Generalmajor Sidnew, verhaftet und gab beim Verhör zu, daß die in die Stadt gekommenen sowjetischen Truppen große „Beute“ gemacht hätten. In verschiedenen Teilen der Stadt wurden Lager mit Goldwaren, Silber, Brillanten und anderen Kostbarkeiten festgestellt. Außerdem wurden einige große Lager von teuren Pelzen, Pelzmänteln, verschiedenen Stoffsorten, Wäsche und vielen anderen Gütern, vor allem mit unzähligen Mengen an Tafelsilber und Tafelgeschirr gefunden. Auf all diese Kostbarkeiten legten normalerweise die Tschekisten ihre Hand, um sie zu vereinnahmen und an den sowjetischen Staat zu übergeben.

Ein besonders aktiver Plünderer war Sidnew selbst. Später wurden in seiner Wohnung in Leningrad Hunderte Erzeugnisse aus Gold und Platin, Tausende Meter Stoffe, über 50 wertvolle Teppiche und große Mengen an Kristall und Porzellan gefunden. Im Keller der deutschen Reichsbank wurden große Geldmengen und seltene Gegenstände, wie zum Beispiel fünf Gobelins flämischer und französischer Meister aus dem XVII. und XVIII. Jahrhundert, entdeckt. Sie wurden alle von Sidnew genommen und in seine Wohnung nach Leningrad verbracht. Der General selbst und einige seiner Unterstellten leiteten ganze Militärzüge mit kostbaren Möbeln, Musikinstrumenten, Filmapparaturen und anderen Gütern in die UdSSR.

Derartige verbrecherische Handlungen erfolgten auch durch Leiter anderer Operativsektoren in der Sowjetischen Besatzungszone, wie General G. A. Beshanow in Thüringen und General S. A. Klepow in Sachsen. In diesen Ländern und Provinzen fühlten sie sich als Fürsten, wohnten luxuriös in beschlagnahmten Palästen, verübten die verschiedensten Straftaten und mißbrauchten ihre dienstliche Stellung. Sidnew und seine Unterstellten raubten auch Gegenstände von unschuldig verhafteten Deutschen, was der Bevölkerung bekannt war und die sowjetische Besatzungsmacht kompromittierte.

Aber der Hauptakteur bei der Aneignung in Deutschland war der Leiter des sowjetischen Sicherheitsdienstes in der Sowjetischen Besatzungszone, Generaloberst Serow. Wie Sidnew, der seine rechte Hand war, berichtete, pendelte Serows Flugzeug ständig zwischen Berlin und Moskau und brachte ohne Grenzkontrolle große Mengen an Pelzen, Teppichen, Bildern und anderen Kostbarkeiten in seine Wohnung. Mit solcher Fracht schickte er auch Lkw und Eisenbahnwagen los.

Als die Gruppe Sidnew in den Kellern der Reichsbank Säcke mit 80 Millionen Mark entdeckte, veranlaßte Serow persönlich, daß dieses Geld nicht der sowjetischen Staatsbank übergeben wurde. Einen Teil der Summe nahm er selbst, einen anderen benutzte er als Geschenkfond für ihm nützliche Personen und einen dritten Teil als Ansporn für seine Unterstellten. Als im Oktober 1946 die operative

Arbeit in Deutschland an das MGB der UdSSR übergang und hier neue Bevollmächtigte eingesetzt wurden, befahl Serow, um die Spuren seiner verbrecherischen Tätigkeit zu verwischen, alle Unterlagen über die Millionen zu verbrennen.⁵⁶

Während der Kampf gegen politische Verbrechen in der sowjetischen Zone vorrangig durch den Spezialdienst des NKWD/MWD und die Kommandanturen der SMAD geführt wurde, oblagen kriminelle Verbrechen den deutschen Organen, der Kriminalpolizei, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten. Dieser Kampf war mit großen Schwierigkeiten verbunden, da es in den ersten Nachkriegsjahren in der Zone eine angespannte kriminelle Lage gab, von der die folgenden Angaben der deutschen Staatsanwaltschaft zeugen.

Sie registrierte 1946 insgesamt 434 247 Verbrechen, im Jahre 1947 waren es 559 627 und im Jahre 1948 schließlich 472 198. Nach Verbrechenarten verteilten sich die Zahlen wie folgt:⁵⁷

Verbrechensart	1946	1947	1948
Nazi- und Kriegsverbrechen (Befehl Nr. 201 und Gesetz Nr. 10)	—	2614	10190
Verbrechen gegen Repräsentanten der Macht	1398	1936	1594
Sabotage und Diversion (Befehl Nr. 160)	1832	2032	506
Vorsätzlicher Mord	2241	1309	704
Fahrlässiger Totschlag	633	620	795
Körperverletzung	12127	12831	9862
Wirtschaftsverbrechen	37661	56099	56306
Diebstahl	260532	331730	270257
Raub und Plünderung	3384	4352	3894
Sittlichkeitsverbrechen	5037	3558 ⁵⁸	1262 ⁵⁹
andere	109402	142545	116828
Gesamt	434247	559627	472198

⁵⁶ Wojennyje archiwyy Rossii (Militärarchive Rußlands), 1993, Ausgabe 1, S. 197 - 207.

⁵⁷ AWP RF, Fond 0457 „g“, Liste 1, Mappe 11, Akte 43, Bl. 159, 160.

⁵⁸ Im Original enthält die Tabelle den gleichen Wert wie im darunterliegenden Feld (142545), die Zahl wurde durch Subtraktion der übrigen Werte von Gesamt ermittelt – d. Übersetzer.

⁵⁹ Im Original enthält die Tabelle den gleichen Wert wie im darunterliegenden Feld (116828), die Zahl wurde durch Subtraktion der übrigen Werte von Gesamt ermittelt – d. Übersetzer.

Bei der Analyse dieser Angaben kam die Rechtsabteilung der SMAD zu folgenden Schlußfolgerungen:

1. Die angeführten Daten der deutschen Staatsanwaltschaft sind kritisch zu beurteilen, weil in die Zahl der registrierten Verbrechen auch unbedeutende Vergehen aufgenommen wurden, die nicht dem Tatbestand eines Verbrechens entsprechen.
2. Trotzdem geben diese Daten ein beispielhaftes Bild über den Charakter der Verbrechen und deren Dynamik ab. Sie zeugen davon, daß die Zahl der Verbrechen im Jahre 1947 die der Verbrechen im Jahre 1946 überstieg und im Jahre 1948 erheblich gesenkt wurde. Die geringere Zahl der Verbrechen im Jahre 1946 ist nur Ausdruck dessen, daß viele von ihnen wegen der schwachen deutschen Polizei nicht als solche geführt wurden.
3. Die Verringerung der Anzahl der Verbrechen im Jahre 1948 erklärt sich mit der Erhöhung des materiellen Lebensstandards der Bevölkerung und den effektiveren Maßnahmen des Gerichtswesens der Deutschen.
4. Die charakteristischste Verbrechensart innerhalb aller drei Jahre war Diebstahl. Dabei handelte es sich in den Jahren 1945 und 1946 um Diebstahl von Lebensmitteln, kleinen Haustieren und Lebensmittelkarten. Im Jahre 1948 war es vor allem Diebstahl von Industriewaren wie Elektrogeräten, Nägeln und Haushaltswaren und während des Winters von Kohlen und anderen Brennstoffen.
5. Im Vergleich zum Jahre 1946 wurde eine Verringerung der Gesamtzahl der Fälle von Raub, Mord und Plünderung festgestellt. Die Morde gingen sozusagen auf den Normalwert zurück, der mit der moralischen Haltlosigkeit, die durch den kürzlich zu Ende gegangenen Krieg hervorgerufen wurde, zu erklären war. Es gab auch Morde aus politischen Motiven.
6. Im Gegensatz zu den anderen Arten von Verbrechen gab es bei den Wirtschaftsverbrechen keine Tendenz zur Verringerung. Die Rechtsabteilung der SMAD ging davon aus, daß sich diese Erscheinung durch die sozialökonomischen Veränderungen im Zusammenhang mit der Ausweitung des gesellschaftlichen Eigentums und den damit verbundenen Gesetzen über den Schutz dieses Eigentums erklären läßt.

In diesen Jahren tauchten in der Zone auch Wirtschaftsdelikte auf, die früher in Deutschland nicht vorkamen. Die Rechtsabteilung der SMAD nahm an, daß Gründe für das Auftreten derartiger Diebstähle die „Untergrundtätigkeit der anglo-amerikanischen Imperialisten“ ist, obwohl keinerlei konkrete Beispiele zur Bestätigung dieser Schlußfolgerungen vorliegen. Die Rechtsabteilung der SMAD ging weiterhin davon aus, daß im Jahre 1948 Wirtschaftsverbrechen, die insgesamt 12% der Gesamtzahl der Verbrechen ausmachten, trotzdem „einen gefährlichen Charakter annehmen und der Kampf mit ihnen zur Hauptaufgabe der deutschen Justizorgane werden muß“.⁶⁰

⁶⁰ Ebenda, Bl.163.

Die Rechtsabteilung der SMAD richtete die Aufmerksamkeit auf die Zunahme der Zahl von Nazi- und Kriegsverbrechervorgängen bei der Staatsanwaltschaft, was davon zeugt, daß die deutschen Untersuchungsorgane erheblich aktiver bei der Fahndung und Bestrafung von Naziverbrechern wurden.⁶¹

Die Rechtsabteilung informierte die Verwaltung für Inneres der SMAD über die Unzulänglichkeiten in der Arbeit der Kriminalpolizei bei der Fahndung und bei der Festsetzung von Verbrechern, über die große Zahl von Vorgängen wegen geringfügiger Vergehen und darüber, daß mehr als ein Drittel der Verbrechen nicht aufgeklärt wurde.

Die Einflußnahme der Rechtsabteilung und der Verwaltung für Inneres der SMAD bewirkte eine Verbesserung der Arbeit der Polizei und der deutschen Rechtsorgane, was sich letztlich auch positiv auf die Kriminallage in der Zone auswirkte.

Eine eindeutige Einschätzung der Tätigkeit der sowjetischen Spezialdienste in Deutschland ist praktisch unmöglich. Einerseits, und das war vor allem in den ersten Monaten der Besetzung, führten sie erfolgreich die Fahndung nach aktiven Nazis und Kriegsverbrechern durch, die dem Gericht übergeben wurden und eine gerechte Strafe fanden. Es wurde auch eine Reihe von Untergrundgruppen entlarvt, die erfolglos versuchten, die Lage in der Sowjetischen Besatzungszone zu destabilisieren. All diese Maßnahmen entsprachen tatsächlich den Interessen des Sowjetvolkes und fanden insgesamt die Zustimmung seitens der demokratischen Kräfte des gesamten deutschen Volkes.

Zugleich waren die Organe des NKWD/MGB gerade im besetzten Deutschland eine besonders krasse Verkörperung des stalinistischen totalitären Regimes. In ihren Entscheidungen völlig unabhängig von der SMAD, mißbrauchten Mitarbeiter der Organe ihre Macht, mischten sich grob und skrupellos in den politischen und ideologischen Kampf in der Zone ein und stellten sich auf die Seite einer Partei, was den Buchstaben und dem Geist des Potsdamer Abkommens widersprach.

Die Verletzungen elementarer Bürgerrechte, die die sowjetischen Spezialdienste in Deutschland zuließen, riefen die Unzufriedenheit der Bevölkerung hervor. Mit der Zeit wandelte sie sich zu Unwillen und danach in einen offenen Kampf für Gerechtigkeit. Bei der Prüfung all diese Ungerechtigkeiten, die es, nebenbei gesagt, in dieser Form und diesem Umfang in den Westzonen nicht gab, kamen Teilen der Bevölkerung Zweifel, ob die Rote Armee den Deutschen tatsächlich die Freiheit gebracht hat oder ob nicht ein totalitäres Regime durch ein anderes abgelöst worden sei. Es bleibt festzustellen, daß die Krisenerscheinungen, die schon in der Besatzungszeit der deutschen Geschichte beobachtet wurden, die direkte Folge vor allem der destruktiven Tätigkeit der sowjetischen Spezialdienste waren.

⁶¹ ebenda.

Verzeichnis der Abkürzungen

AWP RF	Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation
MGB	Ministerium für Staatssicherheit
MWD	Ministerium für Innere Angelegenheiten
NKGB	Volkskommissariat für Staatssicherheit (Vorläufer des MGB)
NKWD	Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (Vorläufer des MWD)
RGWA	Russisches Staatliches Militärarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst in Nazideutschland
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMERSCH	Abwehrorganisation der Streitkräfte („Tod den Spionen“)
Stawka	Oberkommando der Streitkräfte
SVK	Staatliches Verteidigungskomitee
ZAMO	Zentrales Archiv des Verteidigungsministeriums

Zum Autor

Professor Michail I. Semirjaga wurde 1922 in der Ukraine geboren. In den Jahren 1940 - 1945 war er als Propagandaoffizier in der Roten Armee an der Front und legte den Weg von Stalingrad nach Berlin mit den Truppen von Marschall Tschuikow zurück. Er wurde verwundet und erhielt zahlreiche Auszeichnungen. An den Kapitulationsverhandlungen mit der Berliner Garnison nahm er als Dolmetscher von Marschall Tschuikow teil. Nach Kriegsende arbeitete er fünf Jahre in der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) als Referent für die politischen Parteien und studierte zugleich an der Moskauer Universität. Ab 1950 arbeitete er als Professor im Range eines Oberst an verschiedenen Militäarakademien, ab 1967 am Institut für Militärgeschichte. Er war einer der Hauptredakteure der zwölfbändigen offiziellen „Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ und wurde dafür mit dem Staatspreis ausgezeichnet. Nach dem Ausscheiden aus der Armee war er Mitarbeiter am Institut der internationalen Arbeiterbewegung der Akademie der Wissenschaften. Gegenwärtig ist er wissenschaftlicher Hauptmitarbeiter am Institut für komparative Politikwissenschaften, Professor für Zeitgeschichte an der Russischen Humanitären Staatsuniversität und akademischer Sekretär für Militärgeschichte an der Akademie der Militärwissenschaften.

Er veröffentlichte mehr als 200 Artikel zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges und etwa 20 Bücher, darunter:

Das Echo der Stalingrader Schlacht (Wolgograd 1969)

Sowjetmenschen in der europäischen Widerstandsbewegung (Moskau 1970)

Die Nazipolitik der Versklavung in den besetzten Ländern West- und Nordwesteuropas (Moskau 1980)

Der Kampf der Völker Mittel- und Südosteuropas gegen die Naziunterdrückung (Moskau 1985)

Der sowjetisch-finnische Krieg (Moskau 1990)

Das Gefängnisimperium des Nazismus und sein Zusammenbruch (Moskau 1991)

Geheimnisse der stalinschen Diplomatie 1939 - 1941 (Moskau 1992).

Aus dem Russischen übertragen:

Harald Kießlich-Köcher

Dr. sc. mil., Oberst a. D.

Holbeinstraße 24

01307 Dresden

Namensverzeichnis

- Abakumow, W. S. 18; 24
 Andrew, Ch. 20
 Antipenko, N. A. 24
 Antonjuk 13
 Berija, L. P. 11; 24
 Bertmann 13
 Beshanow, G. A. 27
 Beskupni 13
 Besymenski, L. 26
 Blake, G. 26
 Bormann, M. 18
 Braun, E. 26
 Bulganin, N. A. 24
 Churchill, W. 19
 Clemens, H. 20
 Dönitz, K. 14
 Dratwin, M. I. 18
 Felfe, H. 20
 Gordiewsky, O. 20
 Günsche 25; 26
 Hitler, A. 25; 26
 Klepow, S. A. 27
 Kowal, K. I. 18
 Krajnjukow, K. W. 11
 Kruglow, S. N. 24
 Kusnezow, W. I. 21
 Linge, H. 25; 26
 Malinowski, R. Ja. 11
 Maximowa, E. M. 26
 Merkulow, W. N. 24
 Molotow, W. M. 22; 23; 24
 Pawlow, I. P. 21
 Ribbentrop, J. v. 6
 Serow, I. A. 9; 11; 12; 13; 15; 16; 17; 18; 20; 22;
 27; 28
 Shukow, G. K. 3, 9; 18; 24; 25
 Sidnew, A. M. 13, 20; 25; 27
 Simin, P. M. 8; 13; 17; 19
 Stalin, J. W. 19, 22; 24; 25; 26
 Tschuikow 32
 Wyszinski, A. Ja. 22

М. И. Семиряга

**КАК МЫ
УПРАВЛЯЛИ
ГЕРМАНИЕЙ
ПОЛИТИКА И ЖИЗНЬ**



**МОСКВА
РОССПЭН
1995**

Издание
осуществлено при финансовой поддержке
Российского Научного Гуманитарного Фонда
(РНГФ)
проект № 95-06-18629

М.И. Семиряга

Как мы управляли Германией

- М.: "Российская политическая энциклопедия"
(РОССПЭН), 1995. - 400 с.

ISBN 5-86004-032-6

© "Российская политическая
энциклопедия"

